

Die Zukunft der Europäischen Union und Großbritanniens Rolle

Zusammenfassung eines Vortrags von Kenneth Clarke, ehemaliger britischer Schatzkanzler

5. Juli 1999

„Für die meisten meiner Freunde aus den anderen europäischen Ländern ist die Debatte der Briten über Europa ein völliges Rätsel. Ich kann ihnen das nicht übel nehmen. Es handelt sich in der Tat um eine eher rätselhafte und zuweilen ziemlich exzentrische Debatte. Doch sie wirft in gewissem Maße Licht auf den Kurs, den die Europäische Union steuert, und genau damit will ich mich beschäftigen...“

Kenneth Clarke beschrieb die von allen Parteien in Großbritannien mit der Absicht geführte europafreundliche Kampagne, für das weitere Engagement der Briten in der Europäischen Union überzeugende Argumente zu liefern und an der Eurozone unter geeigneten Bedingungen teilzunehmen. Der ehemalige britische Schatzkanzler wies auch auf den breiten Konsens hinsichtlich der künftigen Ausrichtung in dieser Diskussion hinsichtlich der zukünftigen Ausrichtung der Europäischen Union und des britischen Beitrags zur Gestaltung der Zukunft der EU hin.

Bezüglich der Integration bestehe unter den britischen Politikern weitgehend die einhellige Ansicht, dass „die EU eine Union von Nationalstaaten sei, die sich mittels Vertrags mit dem Zweck zusammengeschlossen hätten, jene Angelegenheiten auf kontinentaler Ebene zu regeln, die auf nationaler Ebene nicht mit demselben Wirkungsgrad erledigt werden könnten, dass sie aber ansonsten eine dezentralisierte Struktur, dem Prinzip der Subsidiarität folgend, aufweise und Bereiche, wie z.B. die Gesellschaftspolitik, der Kompetenz der einzelnen Mitgliedstaaten überließe. Weitere Bereiche, über die weitgehend Einstimmigkeit herrsche, sei die Anerkennung der wichtigen Rolle, die freie, flexible Marktwirtschaften spielen, sowie der Notwendigkeit, dass sich Europa in der Weltpolitik auch in Zukunft Gehör verschaffen müsse. Eines der positivsten Resultate der gemeinsamen Währung sei nach Auffassung der Briten der Impuls, den der Euro der Strukturanpassung in den europäischen Volkswirtschaften gäbe, die Ankurbelung der Produktivität und die Verschärfung des Wettbewerbs in allen europäischen Ländern.

Was die Außen- und Sicherheitspolitik angehe, so besteht nach Ansicht Clarkes die Notwendigkeit, eine gemeinsame europäische Position klar und unmissverständlich festzulegen. Dies würde es den einzelnen Staaten ermöglichen, auch im Alleingang gewisse Probleme zu lösen. Militärische Machtentfaltung sei nur in extremis zum Zwecke der

Durchsetzung der Außenpolitik vertretbar, die Abhängigkeit von den USA könne reduziert werden.

Auch für Großbritannien sei die Erweiterung der Europäischen Union eine zentrale Frage. Deren Notwendigkeit werde anerkannt, damit verbundene Veränderungen akzeptiert. Clarke begrüßte die Erweiterung als einen Schlüsseffekt für die Beschleunigung von Reformen in einer Vielzahl von Bereichen, insbesondere mit Blick auf Verfassungsrecht, Administration und Ökonomie. Im Zusammenhang mit der jüngsten Krise der Kommission unterstrich Clarke mit großem Nachdruck die Notwendigkeit, der „empörenden Arroganz und Verantwortungslosigkeit der Bürokratie in Brüssel“ den Kampf anzusagen.